

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1928

319 (11.7.1928) Morgenausgabe

Was die Parteien sagen.

Die Reichstagsdebatte über den 11. August.

Sozialdemokratische Zustimmung. — Die Bedenken des Zentrums. — Ein Vorschlag der Deutschen Volkspartei. — Ablehnende Haltung mehrerer Parteien.

* Berlin, 10. Juli. (Funkpruch.) Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über den Nationalfeiertag, wonach der 11. August als Nationalfeiertag zum Nationalfeiertag erklärt werden soll. Mit der Beratung verbunden werden Anträge der Kommunisten über den 1. Mai und der Deutschnationalen über den 18. Januar und über die Regelung der christlichen Feiertage.

Abg. Sölkner (Soz.) wies darauf hin, daß die dynastische Zerissenheit des Kaiserreichs keinen nationalen Feiertag zulassen habe. Der 18. Januar als Tag der Reichsgründung, der von manchen Seiten als Nationalfeiertag gewünscht werde, sei für diesen Zweck unmöglich und würde der geschichtlichen Logik widersprechen. Selbst die Monarchisten hätten in dem halben Jahrhundert Kaiserreich niemals seine Feiertage gefordert.

Der 11. August sei trotz aller Einwände ein großer Tag in der deutschen Geschichte.

Das deutsche Volk habe sich zum ersten Male aus freiem eigenen Willen ein Grundgesetz gegeben und dieses in einem Jahrzehnt nie erlebter Stürme hochgehalten. Das war, so erklärte der Redner, nicht nur ein Akt der Gesetzgebung, sondern eine weltgeschichtliche Wende, als die Deutschen aus tausendjährigen Monarchien zur Republik übergingen. Der Redner wandte sich dann gegen den kommunistischen Antrag, den 1. Mai zum Feiertag zu machen. Wer das wolle, habe den Sinn dieses Weltfeiertages nicht begriffen. Der 1. August sei der internationalen Tag der Arbeiterklasse, und es widerspreche seinem ganzen Gedanken, ihn von einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit zum Feiertag machen zu lassen. Nur der Sieg des Sozialismus könne diesen Feiertag einbringen und dieser werde einmal kommen. Die schwere Krise in der Deutschnationalen Volkspartei, so erklärte der Redner weiter, beweise, daß selbst in dieser angeblich streng monarchistischen Partei die Zahl der Kernrepublikaner wahrscheinlich größer ist, als die der kerngläubigen Monarchisten. Die deutsche Jugend, auch der nationalpolitischen Richtung, lehne sich nicht nach Operettenprinzen und Hofleuten, sondern nach einem freien Reich, einer freien Nation und nach dem Niederringen des Mammonismus. Der Redner betonte zum Schluß

Die großen gemeinsamen Gedanken.

an denen sich das Volk, am Verfassungstage erheben könne: Die Reichseinheit, das kommende Reich von Aachen bis Wien, die volle Freiheit nach Außen, die Sicherung der Volkssouveränität im Inneren, der Freiheitscharakter der Republik, der Wille, die republikanische Verfassung zur Grundlage aller politischen Kämpfe zu machen und die sozialen Gedanken in die Wirklichkeit umzusetzen.

Abg. Schlangensiefen (Dnt.) bestritt, daß der Verfassungstag breiten Kreisen und dem Herzen des Volkes entspreche. Millionen Deutsche seien der Auffassung, daß diese Zeit nicht geeignet sei, einen Nationalfeiertag zu schaffen. Solange Millionen Deutschen die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht genommen sind und wir unter den Ketten des Versailles-Vertrages schmachten, wäre es dienlicher für die Selbstbestimmung und Würde vor dem Auslande,

hätt des Feiertages einen Volkstrauertag einzusetzen, der unter dem Motto stehen müßte: Was wir verloren haben, soll nicht verloren sein! Der 18. Januar könnte trotz der geänderten Staatsform als Nationalfeiertag gelten. Am 9. November habe der Niedergang begonnen, der am 11. August noch nicht einmal abgeschlossen gewesen sei. Die Sozialdemokratie hätte eigentlich Grund, den 9. November zu feiern, dann würde noch deutlicher erkennbar, daß es sich nur um einen parteipolitischen Zwangsfeiertag zur Unterdrückung anderer handelte. Die Bismarck'sche Verfassung sei ein organisches Kunst- und Meisterwerk, die Weimarer Verfassung eine künstliche Konstruktion. Niemals, so erklärte der Redner, hat sich so klar gezeigt, daß die monarchistische Spitze als ruhender Pol die beste Staatsform für Deutschland ist. (Gelächter links.) Niemand denkt daran, die Staatsform zu ändern, wenn es sich um Lebensfragen der

Nation handelt. So sind wir auch entschlossen, im staatskonservativen Sinne am Gegenwartsstaat mitzuarbeiten.

Die deutschnationale Fraktion lehnt den Nationalfeiertag ab und beruft sich auf den toten Monarchisten Rathenau, der diese Verfassung als „amiesiges und ideenloses Machwerk“ bezeichnet hat. Wir schlagen vor, zu warten, auf den Tag der deutschen Befreiung. Der erste Tag der deutschen Freiheit wird ohne Zwangsgesetz der größte Feiertag der Nation aus dem freien Willen eines freien Volkes. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Von der Wirtschaftspartei ist ein Antrag eingegangen, den Vortag als Volkstrauertag für die Gefallenen im Weltkrieg zu erklären.

Abg. Dr. Bell (Z.) präziserte den Standpunkt der Zentrumspartei dahin: Wir stimmen grundsätzlich dem Gedanken des Nationalfeiertages zu und streben die enge Verbindung dieser Nationalfeier mit dem Weimarer Verfassungswort an. Wir halten an der Überzeugung fest, daß die geschichtliche Regelung eines Nationalfeiertages und zwar in Gestalt der Verfassungsfeier sich durch die gegebenen Staatsverhältnisse rechtfertigt. Wir leben der Überzeugung, daß das Weimarer Verfassungswort nicht nur ein weltgeschichtliches Ereignis bedeutet, sondern darüber hinaus einen hochbedeutenden Zeitabschnitt in der deutschen Geschichte einleitet. Wir haben volles Verständnis für den Wunsch, möglichst den 11. August als den Tag der Verabschiedung der Weimarer Verfassung zu wählen. Aber im Hinblick auf die aus allen Volksschichten fortgesetzte an uns dringende Mahnung muß ich mich des Auftrags meiner Fraktion entledigen, andere sachliche und praktische Bedenken gegen den 11. August nochmals hier vorzutragen. Dabei betone ich mit allem Nachdruck, daß uns nichts ferner liegt, als der Verabschiedung des Gesetzes Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Das schwerste Bedenken gegen die Nationalfeier am 11. August besteht darin, daß dieser Tag mitten in die Erntezeit und die notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten fällt. Sollte trotz dieser außerordentlich schwerwiegenden Bedenken, die auch aus den Kreisen der Lohnempfänger geäußert werden, am 11. August festgehalten werden, so müssen wir unbedingt darauf bestehen, daß durch Vorschriften der Landesgesetzgebung oder der Landesverwaltung die Ernte und die Arbeiten der Landwirtschaft zum Schutze des Volkswohls gesichert bleiben. Dazu kommt weiter, daß der 11. August in die Ferienzeit fällt.

Gerade weil wir wünschen, daß der Nationalfeiertag vom ganzen deutschen Volk festlich begangen wird, weisen wir auf diese schweren sachlichen und praktischen Bedenken gegen den 11. August nachdrücklich hin.

Wir haben daher den Vorschlag gemacht, entweder den auf den 11. August folgenden Sonntag zu wählen oder einen weder in die Erntezeit, noch in die Ferienzeit fallenden Feiertag. Der Redner beantragte die Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß.

Abg. Dietrich (Komm.) erklärte, die Arbeiterschaft habe kein Interesse für eine Verfassungsfeier.

Er bezeichnet die Verfassung als Schwindel und Betrug am Volke. Sie spiegele den Geist Rosses und seiner Horden wieder. Das Blut von mehr als 20 000 Arbeitern fließe an dieser Verfassung.

Abg. Dr. Woldenbauer (Dnt.) stellte die Notwendigkeit an die Spitze, das Volk mehr und mehr zur Nation zusammenzuführen. Ziel von dem, was Seevering gesagt habe, werde auch die Deutsche Volkspartei anerkennen müssen. Sie verkenne nicht die große Bedeutung der Tatsache, daß die Weimarer Verfassung den Gedanken der Arbeiterklasse zur Mitarbeit am Staate herangezogen habe. Ohne die große Gründung Bismarcks wäre aber dieses Reich nicht erhalten geblieben. Wenn das Reich gerettet wurde in jenen kritischen Tagen, so habe die Weimarer Verfassung sicher einen bedeutungsvollen Anteil, aber wir dürfen nicht übersehen die Mitwirkung der Frontsoldaten, der Beamten und der breiten Schichten der Bevölkerung. Ausschlaggebendes Motiv war die heisse Liebe zum Vaterland, während die Verfassung nur eine geringere Rolle gespielt hat. Wir sind damit einverstanden, daß das Reich, die Länder und die öffentlichen Körperschaften den Verfassungstag festlich begehen und haben im vergangenen Jahre selbst den Redner dazu gestellt. Hinter einem Nationalfeiertag muß aber die ganze Nation stehen.

Als Nationalfeiertag sollte man einmal einen Tag wählen, in dem das ganze Volk einig ist, den Tag, wo der letzte Franzose die deutsche Erde verläßt, den Tag, wo Großdeutschland entsteht.

Wir halten die Einführung des Verfassungstages als Nationalfeiertag nicht für das Mittel zur Einigung des deutschen Volkes. Dieses Ziel steht uns über allem.

Abg. Rütz (Dem.) forderte den Verfassungstag als Nationalfeiertag. Nicht ein rauchender Feiertag solle es sein, sondern ein Tag der nationalen Sammlung und Selbstbestimmung. Der 11. August brachte uns den Sieg des deutschen Welterhaltungswillens gegen den von außen und innen andringenden Vernichtungswillen.

Abg. Dreßler (Wirtschaftsp.) bedauert die Einbringung der Vorlage. Die Zeit schwerer wirtschaftlicher Depression sei nicht geeignet, zur Einführung eines Feiertages. Die Wirtschaftspartei lehne den Verfassungstag ab, beantrage aber, den Vortag als Trauertag für die Gefallenen anzusetzen.

Abg. Dr. Horlacher (Dnt.) erklärte, die Vorlage bringe einen neuerlicher Eingriff in Landesrechte. Neben den staatsrechtlichen habe seine Partei auch staatspolitische, sowie wirtschaftliche Bedenken. Die Bayerische Volkspartei könne daher der Vorlage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Göbbels (Nat.-Soz.) protestierte dagegen, daß eine Partei, die kein Vaterland kenne, es wage, dem Volke einen Nationalfeiertag zu bescheren. Die Vorlage werde ausgerechnet von Seevering vertreten, dessen Name mit dem Schlagwort auf ewig verbunden sei. (Große Unruhe und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Der eigentliche Nationalfeiertag des deutschen Volkes sei der 29. August, an dem dem deutschen Volke eine neue Verfassung in Gestalt des Dawesplanes gegeben wurde.

Abg. Wendhausen (Christlichnat. Bauernpartei) erklärte, die in der Verfassung festgelegte Alleinherrschaft des Parlaments werde von der überwiegenden Mehrheit des Volkes als unbedeutend und verächtlich angesehen, weil nicht Persönlichkeiten, sondern die wechselvolle Laune der Masse vorherrsche. Der Redner rief der Linken zu: „Pflanzen Sie nur den Gelehrten Ihres Nationalfeiertages auf! Festo eher wird den Deutschen ihr Wilhelm Tell entstehen.“

Abg. Meyer-Hannover (Dt.-Hannoveraner) lehnte die Vorlage ebenfalls ab.

Die Vorlage wurde mit 214 gegen 136 Stimmen an den Rechtsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 3 Uhr. — Strafgesetzbuch, Verträge mit Siam und Schweden und Krisenfürsorge.

Reichsminister Wiffell über den Arbeitsmarkt.

* Berlin, 10. Juli. (Funkpruch.) Im Sozialen Ausschuss des Reichstages erklärte am Dienstag Minister Wiffell, allgemein betrete der Eindruck, daß die Wirtschaftskonjunktur einen Rückschlag erfahren habe, der sich zwar noch in erträglichen Grenzen halte, aber doch ernste Beachtung verlange. Man müsse mit Sorge der Entwicklung im Herbst und Winter entgegensehen, wenn die saisonmäßige Verschlechterung mit dem Nachlassen der Konjunktur zusammenstieße. Der Minister betonte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Arbeitsmarkt die Grundzüge des Erlasses vom 23. März bis auf weiteres festgehalten werden könnten. Es scheine ihm nicht mit dem Gesetz vereinbar, schon heute die Krisenunterstützung für sämtliche Bezirke einzuführen.

Drei Todesopfer eines Aufbounglücks.

U. Saarbrücken, 10. Juli. Auf der Straße von Müttigweiler nach Wingen löste sich von einem in schneller Fahrt befindlichen Kraftwagen ein Rad. Da die Straße an der Unfallstelle ein hartes Gefälle aufweist, rannte der Wagen gegen einen Baum und wurde getrimmert. Drei Insassen wurden getötet.

U-Boot-Zusammenstoß im Kattegatt.

U. Kopenhagen, 10. Juli. Bei dänischen Flottenübungen im Kattegatt stießen die beiden U-Boote „Daphne“ und „Rosa“ zusammen. Die „Daphne“ befand sich mehrere Meter unter der Wasseroberfläche. Sie bekam eine größere Leck, konnte sich jedoch schwimmend halten.

Tages-Anzeiger.

(Häreses siehe im Inseratenteil.)
Mittwoch, den 11. Juli 1928:
Badische Staatsoper, Konzerthaus: Die Wahrheit über das erwachsene Mädchen, 49.
Anstaltsschule, Ausstellung „Die Wala“, Schulbühnenabend.
Stadthaus: Konzert der Volkstheater, 4-7.
Kaffeehaus: Großes Sonderskonzert, 7.
Wiener Hof: Kabarett und Tanz.
Kaffeehaus: Konzert: Neues Programm mit Tante Tene.
Hof: Konzert: Gartenkonzert der Volkstheater, 8.
Park-Schloß: Dürck: Tanz ab 4 Uhr.
Hedens-Viertel: Matroien-Abend: Programm.
Atlant-Platz: Danton: „Er“ als Photostück

Badischer Kunstverein.

Den größten Raum nimmt auf dieser Ausstellung der verorbene Maler Otto Guhmann ein; also wieder einmal eine Nachlass-Ausstellung. Es ist eine schöne deutsche Geste, sich um die Schaffenden besonders zu bemühen, wenn sie erst tot sind. Ich glaube nicht, daß man in Karlsruhe vorher viel von Otto Guhmann gewußt hat. Er ist 1869 bei Mergentheim geboren, in Stuttgart und Berlin ausgebildet; bekam 1897 einen Ruf nach Dresden für dekorative Malerei. In Dresden hat er bis an sein Lebensende gewirkt und viel Anerkennung gefunden. Allerlei Denkmäler und Wandmalereien stammen von ihm in Kirchen, Rathhäusern, auf Ausstellungen usw. Er verstand es, sich der Architektur einzuordnen und das Kunstgewerbe mit allerlei Anlegungen zu befruchten. Von dieser Seite seiner Tätigkeit geben nur einige Entwürfe für das Dresdener Rathaus Redenshaft: Supraporten über runderbogige Türen, Recht und Gerechtigkeit, Caritas und Mütterlichkeit in guter traditionsmäßiger Darstellung. Sonst kommt Guhmann hauptsächlich als dekorativer Maler mondäner Damenbildnisse zur Wirkung, auch mit Alten, vor farbigen, meist rotem Hintergrund, in denen ein stabilisierter Impressionismus gepflegt wird. Allerlei Anlegungen sind mit Virtuosität gemalt. In Schwarz-Weiß-Bildern, Landschaften und Bäumen, wo die Ausprägungen soviel sagen als die Farben, ist er so etwas wie ein wohltemperierter Van Gogh. Eine schwungvolle dekorative Note klingt einmütig durch alle Schöpfungen hindurch, auch durch das lebensgroße Porträt eines lebenden Herrn in Mantel und Hut.

Eine neue, lebhaft zu begrüßende Erscheinung ist Marianne Spannagel-Seffter, die eine Kollektion prächtiger, stark empfundener und großzügig gemalter Aquarelle voll feiner farbiger Reize und padener Natur-Einstellung vorführt, meistens Motive vom Bodensee, dazu einige famose Blumen-Stilleben voll Schönheit und ohne Süßlichkeit, ein freudiges positives Talent mit seinem Sinn für Farbe, Raum und die Reize der geübten Technik.

Hans von Clohmann-Freiburg malt seine deutschen Landschaften mit etwas romantischer Einstellung und einem Gefühl, das sich gern ins Weite schwingt. Ein Dorf (Niedlingen) mit weißen Giebeln und braunen Dächern liegt sonnig und hell unter hohem blauem Himmel, in den ein großer Baum seine Äste artigstreckt hinausstreckt. Oder in die Ferne schweift der Blick an hohen Turm vorbei zu den lieblichen Küden der Hügel. Es ist etwas von Schönleberscher Naturanschauung in diesen Bildern.

Etwas ungünstig und abseits hängen die Bilder von Albert Schneller, die eine größerliche und eigenartige Note an sich tragen. Etwas zöf fliekt die Farbe, findet aber dann schöne Uebergänge im zart-getönten Himmel der „Morgensimmung“, oder weiß die Lyrik eines Frühlingstages auf eigene veraltete Weise auszubringen.

Richard Palling aus Barmen bringt Radierungen und Kaltnadel-Arbeiten, die ihn als spezifischen Graphiker ausweisen, der über eine leichte Handschrift verfügt; teils Landschaften, teils Tiere, (Tauben, Pferde, Schweine), teils Menschen (Schuster, Friseur, Schachspieler) sind mit feiner Beobachtung und bereitem Umriß fest und ziellich hingetrigelt.

Eine wohl durchgearbeitete Marmorbüste des Edeln Gustav zu Puttk. eine schöne Porträtleistung von Professor S. Polz, schmückt den großen Saal. Ein paar Terrakotten und getönte Gipsplastiken von Erich Lipp zeigen gute moderne Auffassung und Behandlung.

Landesgewerbeamt.

Nur für wenige Tage sind drei Glasfenster ausgestellt worden, die Professor A. Babberger für die evangelische Kapelle des Oberbaurat Billing in Singen erbauten Krankenhauses entworfen hat. Die gläserne Ausführung lag in den Händen von E. Großkopf-Karlsruhe. Die strenge und groß angelegte figurale Komposition zeigt in wohlhabendem Aufbau im Oberteil des 3 Meter hohen Mittelfensters einen die Arme ausbreitenden Christus von zunächst etwas bedrückenden Gesichtszügen. Unter ihm trübt der barmherzige Samariter den Verwundeten. Die beiden Seitenfenster zeigen Kranke und Beschäftigte, geführt von Gesunden, die Heilung suchen. Der Aufbau ist in beiden von freier Parallelität. Die Männer und Frauen tragen Züge von Menschen, von Arbeitern unserer Zeit; Gewand, Bewegung, und Hintergrund sind flüchtig skizziert und kommen der Zusammenziehung der beieinander stehenden und demaken Glasflächen organisch entgegen. Nicht um Gemälde handelt es sich, sondern um durchsichtige farbige behandelte Fenster, die als solche in ihrem Charakter gewahrt werden sollten. Wer sich in die Bilder hineinsetzt und vertieft, wird ihre materialgerechte und stilvolle, dabei monumentale und formale Schönheit richtig empfinden und würdigen. — Auch die katholische Kapelle erhält Glasfenster nach Entwürfen von Babberger, die aber in Berlin ausgeführt und hier nicht ausgestellt werden. Sonst wäre ein Vergleich wohl sehr aufschlussreich gewesen. W. E. O.

König Ludwig II. und Richard Wagner. Die in Jahrzehnten allgemein geschichtlich und typisch menschlich nachwirkende Persönlichkeit des bayerischen Königs Ludwigs des Einamen brachte den Gedanken nahe, seine Eigenart, in der der königliche Bauherr die Dominante bildet, der Nachwelt aufzuzeigen. So ist in den allerletzten Jahren im Schloß Herrenchiemsee eine Art Architektur-Museum eingerichtet worden und als Abschluss kommt nun die Abteilung Theater hinzu, wie sie gegenwärtig in einigen Räumen der Münchener Residenz als Sonder Schau vorübergehend gezeigt wird, um später in Herrenchiemsee ihrer endgültigen Bestimmung zugeführt zu werden. — Diese theatergeschichtlich überaus wichtige, künstlerisch zeitlich gebundene Ausstellung trägt die Namen Ludwig II. und Richard Wagner. Ihr Inhalt, Objekte von unterschiedlichem Wert, offenbart die Gefühnsverwandtschaft zweier besonderer Menschen, das seltene Ereignis, da ein gewaltig schaffender Geist den weitsehenden, ihn vererbenden Wägen, seinen edlen Förderer und Freund gefunden. Denn, daß König Ludwig II. den verarmten, in der Not der Verbannung irrenden Schöpfer des Musikdramas dem deutschen Volke zurückgeführt und gerettet hat, diese Tatsache überträgt alle Schwächen und Eigentümlichkeiten des in geistiger Nacht endenden unglücklichen Monarchen. Und diese Größe in ihrer Helle wie in ihren Schatten umfängt uns in diesen intimen Räumen. Während erhebt sich Gottfried Semper's Modell (Birnbäumholz) des für München projektierten

Reichstages, dessen Ausführung engherziger Spiechbürgergeist einst schmählich vereitelt. Daneben ein innerlich auf unsere fortgeschrittene Zeit weisendes Provisorium für Bühnenaufführungen Wagner'scher Werke im Münchener Glaspalast. An den Wänden wertvolle Gemälde und Büsten Ludwigs II., Semper's, Wagner's und Bilings. Die Dekorationsentwürfe zu Rienzi, Logogrän, Ring und Parsifal, für die Separatvorstellungen des Königs bestimmt, zeigen in ihrer Monumentalität den hohen Sinn, aber auch die verfeinerte Phantasie ihres fürstlichen Anregers. Zahlreiche plastische Bühenmodelle u. a. zu den Aufführungen der Meisterfing und des Tristan in München, 1865 und 1868, wurden erst vor kurzem aus Straßburger Besitz zurückgekauft. Der Name Schier mit zahlreichen aquarellierten Bühnenbildern zum Holländer und Tannhäuser weist auf die Romantik der 60er und 70er Jahre. Dazwischen bemerkenswerte Figuren, Photographien, Theaterzettel von den verschiedenen Aufführungen, eine Karikatur „Tristan und Isolde, oder Hände gut, alles gut?“ Ferner der sächliche Steckbrief gegen Richard Wagner als politisch gefährliches Individuum“ und endlich wertvolle Briefe zwischen Ludwig II., Wagner und Semper und ein Schreiben des Königs an Cosima Wagner nach dem Tode des Meisters. Und das zwischen Ungeahntes, Unsehbares, aber doch wertvoll als Abschluß des Gesamtbildes dieser großen, seltenen Freundschaft. Dr. Eduard Scharrer.

Türkisch in lateinischer Schrift. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, macht die Arbeit der Kommission für lateinische Schrift in letzter Zeit gute Fortschritte. Während es früher eine religiöse Streitfrage war, hat das Unterrichtsministerium jetzt die Kommission angewiesen, die Frage nur rein wissenschaftlich zu behandeln. Die Parteigänger der Beibehaltung oder der Reform der arabischen Schrift haben in den letzten beiden Jahren an Boden verloren, und die Intellektuellen sind fast alle für das lateinische Alphabet gewonnen. Die Kommission hat mit der Prüfung der Vorschläge über die Wahl der Buchstaben, die Festlegung der Aussprache und der Schreibregeln begonnen. Der Reichtum an Sprachlauten im Türkischen wird über 30 Buchstaben nötig machen. Das neue Alphabet soll in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren eingeführt werden. Die Jüngsten der heranwachsenden Generation werden nicht mehr arabische Schriftzeichen lernen, während die Älteren beide lernen sollen.

Filmkunst bei der „Deutschen Kammermusik Baden-Baden“. Ein besonders starkes Interesse wird den Vorführungen entgegengebracht, die auf dem Programm der Morzenzerhaltung „Film und Musik“ während der „Deutschen Kammermusik Baden-Baden“ stehen. Die Experimentalaufführung „Film und Musik“ am 14. Juli wird folgende Filme zum ersten Mal bringen: Aus dem Film „Musik, die Filmfuge“ den Abschnitt „Das Krabbenrennen“, Musik für Kammerorchester von Walter Graun. Aus demselben Film den Abschnitt „Die Rinderfabrik“, Musik von Ernst Loh. Aus dem Scherenschnittfilm „Bring Ahmed“ von Lette Reiniger die „Zauberhemden“, Musik von Wolfgang Zeller. Ferner einen abstrakten Film von Saida Stone, Musik von Hugo Herrmann. Dann „Die Rebellion der Gegenstände“ von Hans Richter mit Musik für mechanisches Klavier (Wolke-Mignon) von Paul Hindemith. Die Musik zu einer „Wochenchau“ für Kammerorchester hat Darius Milhaud komponiert.

Evangelische Landeskirche.

Kirchendienstnachrichten.

Zur Hege wurden auf ihr Ansuchen unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste Pfarrer Rudolf Braun in Emmendingen auf 1. November und Pfarrer Friedrich Fuhr in Bammental auf 1. Dezember. Bestätigt wurde die Wahl des Pfarrers Friedrich Stengel in Kehl zum Dekan des Kirchenbezirks Rheinbischöfsheim und die Wiederwahl des Pfarrers Kirchenrat Georg Maier in Neckargemünd zum Dekan des Kirchenbezirks Neckargemünd. — Zur Wiederbesetzung und zwar durch Gemeindevahl sind ausgeschrieben die Pfarrei Bammental, die Mittelpfarrei in Karlsruhe und die Pfarrei Liebolsheim. Gleichzeitig sind ausgeschrieben die fürstlich Leiningische Patronatspfarre Kirchardt und die freiherrlich von Gemmingen-Hornbergsche Patronatspfarre Neckarjümmern. — Durch Entschließung des Staatsministeriums wurden für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Schule, an der sie wirken, zu Professoren ernannt die Religionslehrer Heinrich Steinhauser an der Gewerbeschule in Karlsruhe, Gustav Wolf Godelmann an der Gewerbeschule in Heidelberg und Dr. Otto Wiltsch an der Handelsschule in Heidelberg.

Errichtung neuer Kirchengemeinden.

Durch ein vorläufiges kirchliches Gesetz wurde in Stühlingen eine evang. Kirchengemeinde errichtet; sie umfasst als Kirchengemeinde die Gemarkung der politischen Gemeinde Stühlingen und soll mit der Kirchengemeinde Tiengen zu einer Gesamtkirchengemeinde Tiengen vereinigt werden, in der die Kirchengemeinde Stühlingen Filialgemeinde der von Tiengen ist. Die neue Kirchengemeinde gehört zum Kirchenbezirk Konstanz. — Durch ein gleiches Gesetz wird die Kirchengemeinde Nüthenau in 2 Kirchengemeinden geteilt. Es wird eine Kirchengemeinde Helmlingen gebildet, deren Kirchspiel die Gemarkung der politischen Gemeinde Helmlingen umfasst. Die beiden Kirchengemeinden Nüthenau und Helmlingen sollen zu einer Gesamtkirchengemeinde vereinigt werden. Die Kirchengemeinde Helmlingen wird dem Kirchenbezirk Rheinbischöfsheim zugeteilt.

Landesbibelfest.

Am 1. Juli fand in Pforzheim in der evang. Stadtkirche das badische Landesbibelfest statt. Stadtpfarrer Höflich begrüßte die große Festgemeinde. Stadtpfarrer Frankmann von Mannheim predigte über das Schriftwort: „Es heißt sie weder Kraut noch Pfaster, sondern dein Wort, das alles heilet.“ Prälat A. D. D. Schmittner gab als Landesvorsitzender der Badischen Bibelgesellschaft den Jahresbericht. Die Bibel ist im letzten Jahre in 25 000 Exemplaren (ganze Bibeln und Bibelteile) in Baden vorbereitet worden; das hat eine Ausgabe von 39 000 Mk. erfordert, wovon die Bibelfolke an den Konfirmationstagen 17 000 bedient. Später hielt Prälat D. Schmittner noch einen Jugendgottesdienst, der etwa von 2500 Knaben und Mädchen besucht war. Sämtliche Pforzheimer Konfirmanden des nächsten Winters erhielten ein schönes, mit Bildern geschmücktes Neues Testament mit Widmung. Das ganze Fest nahm einen erhabenden Verlauf.

Schweigen, 10. Juli. (Eine Auseinandersetzung.) Ein junges Mädchen von hier wurde nachts vom Vater ihres Liebhabers und von der „anderen Braut“, sowie deren Mutter überfallen, in einem Hausgang gezerrt und dort so geschlagen, daß die Ueberfallene eine Gehirnerkrankung erlitt und ins Mannheimer Krankenhaus überführt werden mußte.

Heidelberg, 10. Juli. (Schwerer Unfall.) Im Stadtteil Rohrbach hatten bei dem Kanonierbundesfest ein älterer und zwei jüngere Rohrbacher gestern Abend einen Böller abgefeuert und wollten sofort einen zweiten laden. Hierbei explodierte das Pulver und überbrannte die Beteiligten an Händen, Gesicht und Brust so schwer, daß sie ins Krankenhaus verbracht werden mußten.

Wahlstadt, 9. Juli. (Eine seltene Jubelfeier) konnte in diesen Tagen von der Firma Böller, Marx u. Co., Zigarettenfabrik hier, begangen werden. Es galt 7 Arbeiter und Arbeiterinnen für langjährige Dienste bei der Firma auszuzeichnen. Die Feier fand im Bürgeraal des Rathauses statt, wozu sich das gesamte Personal der Gemeinderat mit Bürgermeister Spiegel an der Spitze, sowie Landrat Strauß als Vertreter der Staatsregierung eingeladen hatten. Es sind Leute unter den Jubilaren, die mehr als 40 und 50 Jahre bei der Firma tätig sind. Den Gelehrten wurden Geldgeschenke und Ehren diplome überreicht. Landrat Strauß führte in seiner Ansprache aus, wenn es beim neuen Staate auch keine äußeren Zeichen der Anerkennung gebe, so dürften die Jubilare doch versichert sein, daß die Staatsregierung diese Beweise hoher Arbeitertreue und Pflichterfüllung wärmstens anerkenne und den Jubilaren die besten Wünsche übermittelt lasse. Mit Verteilung der Anerkennungsschreiben und Ehrenurkunden des Reichspräsidenten von Hindenburg, einer Reihe von Ansprachen war die Feier beendet.

Wülmersheim, 7. Juli. Bei der Schuhhundepreßung in Karlsruhe erhielt Alois Eisen von hier den zweiten Preis mit der Auszeichnung V2. Den ersten Preis erhielt Martin von Sulach (V1) und den dritten (s.g.l.) Raab von Elchesheim. Sämtliche drei Hunde, die also an diesem Tage die beste Leistung vollbrachten, stammen aus dem Hundezüchter des Alois Eisen von Wülmersheim.

Baden-Baden, 9. Juli. (Katholischer Jungmännertag.) Die katholische männliche Jugend der Erzdiözese Freiburg (Jugend- und Jungmännervereine, Gesellenvereine, Jugendbewegungsgruppen, studentische Korporationen) versammelt am kommenden Sonntag in Baden-Baden anlässlich des 500. Todestages des Seligen Markgrafen Bernhard von Baden einen großen Jungentag, zu dem schon 4000 Teilnehmer angefragt sind. Früh 1/2 Uhr finden in der Stiftskirche und in der Bernhardskirche Pontifikalämter statt, geleitet durch Erzbischof Dr. Carl Frick von Freiburg und den Bischof von Rottenburg. Dann folgt der Aufmarsch zum Festakt, bei dem der Erzbischof, ferner Landtagspräsident Dr. Baumgart und ein Jungmann sprechen werden. Nun folgt der Festzug. Nach einer Mittagspause beginnt der Aufstieg zum alten Schloß, wo die dort neu eingebaute Kapelle zu Ehren des von der Kirche beauftragt zu den Seligen gesägten Markgrafen eingeweiht werden wird.

Wahl (Stadt), 8. Juli. (Ernennung.) Der Superior des Schwesternklosters vom Allerheiligsten Seiland hier selbst, Andreas Schneider, ist anlässlich der Konsekration der Klosterkirche vom Erzbischof zum Geistlichen Rat ernannt worden.

Sagbadwalden, 10. Juli. (Bürgermeisterwahl.) Bei der hiesigen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Maier wiedergewählt.

Bad Peterstal, 9. Juli. (Geländeerwerb.) Die Gemeinde Bad Peterstal will ein weithin der Bahntrasse Bad Peterstal-Griesbach gelegenes Gelände erwerben. Der Bürgerausschuß genehmigte hierzu die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 100 000 Mk.

Freistett, 9. Juli. (Erfolgreiche Turner.) Am Sonntag bestieg sich der hiesige Turnklub beim Wettkampf um die Wandplakette der Turnvereine des unteren Hanauerlandes in Helmlingen. Dabei wurde Freistett zum dritten Mal Sieger und gelangte dadurch in den endgültigen Besitz der wertvollen Plakette. — Bei den Endkämpfen um die Gaumeisterschaft des Ortenauer Turnbundes in Kork wurde die Schülermannschaft des Turnbundes Freistett-Freistett Gaumeister. — Der Sportverein Freistett-Freistett konnte sich bei den Rückspielen in Rheinbischöfsheim die Bezirksmeisterschaft im Faustball erringen, nachdem er sämtliche Vorspiele in Kork und auch sämtliche Spiele gegen sich entscheiden konnte.

Obelshofen (bei Kehl), 10. Juli. (Ausraubung eines Autos.) Am Sonntag Abend wurde ein vor der „Krone“ haltendes Reklar Auto von bis jetzt unbekanntem Tätern ausgeraubt. Den Dieben fielen zahlreiche Gegenstände von Wert in die Hände. Die Genarmen hat eine Untersuchung eingeleitet.

Lahr, 10. Juli. (Jubiläum.) Die Firma Hermann Pfaß konnte dieser Tage ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum feiern; gleichzeitig damit kann der Steindrucker Hermann Ruf auf eine 50jährige Tätigkeit zurückblicken.

Notwendige Senkung der Realsteuern.

Eingangs der Dienstag-Nachmittagsitzung wurde im Badischen Landtag durch den Zentrumsabgeordneten Seubert der Bericht des Haushaltsausschusses über die Beratung des Initiativantrages der Bürgerlichen Vereinigung auf Aufhebung der Gleichsteuer erstattet. Der Haushaltsausschuß einigte sich auf folgenden Antrag: „Antrag I des Notgesetzes vom 12. Februar 1924 über die Abänderung des Gleichsteuergesetzes vom 29. April 1886, d. h. Artikel 2 Absatz 1 des Gleichsteuergesetzes erhält folgenden weiteren Absatz: „Für zum Selbstgebrauch geschlachtete Schweine wird ab 1. April 1929 Steuer nicht mehr erhoben.“ Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.“ Die Gesuche des Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerverband, Mannheim und des Badischen Gastwirterverbandes e. V., Karlsruhe, werden für erledigt erklärt.

Dann ging die allgemeine Aussprache weiter. Der Sozialdemokrat Rückert erwiderte dem Zentrumsredner vom Vormittag Heinrich, die starke Zunahme der sozialdemokratischen Mandate sei der Protest der Arbeitenden und Schaffenden des ganzen Reiches gegen die Politik, die das Zentrum im Reichstag getrieben habe. Die Sozialdemokratie habe daher dem Zentrum nicht folgen können. In Baden sei durch die Reichstagswahlen das politische Schwerkemicht nicht verschoben worden, sondern die bestehende politische Zusammensetzung sei dadurch bestätigt worden. Baden habe wesentlich dazu beigetragen, daß der Wiederaufbau des Deutschen Reiches so rasch habe erfolgen können. Der Sozialdemokratie wäre es viel lieber, wenn sie keine Koalition mehr eingehen müßte. In jenen Staaten, in denen sie allein regiere, gehe es ihr gut (große Heiterkeit), d. h. sie wache von Wahlen zu Wahlen. Die Arbeiterschaft habe kein Verständnis für die vielen kleinen Vaterländer. Brot und Vaterland seien für die Arbeiter zumeist gleiche Begriffe. Die Länder müssen noch viel stärker als bisher im Reiche aufgehen. Die Länder werden in immer stärkerem Maße gezwungen, das Reich um Unterstützung anzugehen; da klinge es sonderbar, wenn Ruhe und Schreie laut werden: „Die Eigenstaatlichkeit und Souveränität der Länder müssen erhalten bleiben!“ Groß sei die Not im besetzten Gebiet, wozu sich der Landtag bei seinem Besuch der Stadt Kehl am letzten Samstag selbst habe überzeugen können; die Regierung müsse dem besetzten Gebiete Arbeit und Brot geben. Die Sozialdemokraten verlangen von der badischen Regierung, daß sie im Reichsrat nicht partikulare, sondern soziale Politik treibe. Die Gleichsteuer müsse schon deshalb beseitigt werden, weil sie ein Ausnahmegesetz sei, doch lehne die Sozialdemokratie die teilweise Aufhebung dieser Steuer ab. Die Wohnbaupolitik, die in Baden in den letzten Jahren getrieben worden sei, habe gute Früchte getragen; das Wohnungswesen sei gemildert worden. Die Sozialdemokratie wünsche, daß die Gebäudesondersteuer ganz für den Wohnungsbau verwendet werde. Die Beamten sollten bedenken, daß sie in der Republik die Gleichberechtigung erhalten haben. Die Sozialdemokratie lehne jede Politik der Diktatur ab.

Der Führer der Deutschnationalen, D. Mayer-Karlsruhe, bemerkte, er wolle keine Wahlrede halten. Wenn man die Erklärung der Reichsregierung lese, dann müsse man sich wundern, wie die neun oder elf Köpfe mit so allgemeinen Formulierungen vor das deutsche Volk treten konnten nach einem so gewaltigen Siege, wie es vorher in der Linkspresse gesehen habe. Diese Regierungserklärung gleiche dem „Mädchen aus der Fremde“. „Es teilt jedem seine Gabe... jeder ging beglückt nach Haus.“ (Große Heiterkeit.) Die Regierungserklärung drehe sich um zwei Pole: um die Außenpolitik und die Steuerentlastung. Nur durch eine erfolgreiche Außenpolitik sei es möglich, das deutsche Volk wirtschaftlich wieder auf die Höhe zu bringen, und dazu sei in erster Linie die Abschüttelung des Versailleschen Joches erforderlich. Die Anträge Dr. Föhr und Dr. Mattes auf Steuerentlastung werden die Deutschnationalen annehmen. Der Verkehr zwischen dem Landesforstmeister und seinen nachgeordneten dürfe gegenüber diesen pflichttreuen Beamten ein besserer sein. Der 11. August werde sich als Nationalfeiertag nicht durchsetzen.

Der Redner der Deutschen Volkspartei Dr. Mattes wies nach, daß der Staatsvoranschlag für 1928 zum ersten Male seit einem

halben Menschenalter einen stabilen Charakter habe; er bilde gewissermaßen eine Grundlage für die kommende Finanzpolitik. Daher müsse man ihm eine besonders genaue Beachtung schenken. Dabei sei festzustellen, daß 15–16 Millionen Mark doppelt gerechnet worden seien. Der persönliche Aufwand betrage 1928 60 Prozent und der sachliche Aufwand 40 Prozent; 1913 habe sich der persönliche Aufwand auf 50,9 Prozent belaufen. Der Etat sehe 132 Millionen an Steuereinnahmen vor, davon entfallen 72 Millionen auf den Besitz. Die Steuern aus Grundbesitz und Gewerbe seien das Rückgrat der Steuereinnahmen geworden. Wie rechtfertigt die badische Regierung vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit eine Befreiung durch Realsteuern im Lande, die ungefähr der doppelten Einkommensteuer gleichkommt. In der Frage der Realsteuern seien die Vergleichszahlen für Württemberg 8, Hessen 7, Bayern 13 und Baden 16; das beweise, daß in Baden die Realsteuern doppelt so hoch seien wie in Württemberg. Der Norden sei im allgemeinen geringer belastet als die süddeutschen Länder. Die badischen Mittel- und Großstädte seien zu 59 Prozent in der Höchstkategorie. Die Grundsteuer werde nur noch von Mecklenburg-Schwerin übertriften, die Gebäudesteuer von Lübeck, Dessau und Bayern. Diese stehe 70–80 Prozent über dem Reichsdurchschnitt. Die Grundsteuer habe 64 Millionen und die Gebäudesteuer 18 Millionen Mark eingebracht. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin habe kein Land im ganzen Deutschen Reiche eine Senkung der Realsteuern so notwendig, wie das Land Baden. Die Deutsche Volkspartei nehme für sich in Anspruch, zur Senkung der Grund- und Gewerbesteuer den Anstoß gegeben zu haben. Woher kommt diese Ueberlastung des Landes Baden mit Realsteuern? Einmal davon, daß es Grenzland ist, ferner davon, daß es sehr klein ist. Würde man Baden, Württemberg und die Pfalz zu einem Lande würde für Baden eine Ersparnis von jährlich 5–6 Millionen Mark erzielt werden. Die steuerliche Ueberlastung sei eine der Hauptursachen des wirtschaftlichen Zurückbleibens unseres Landes gegenüber den Nachbarländern, vor allem gegenüber Württemberg. Mit dem Kalwer in Buggingen habe die Regierung einen guten Griff getan, sonst aber seien in Baden keine wirtschaftlichen Erfolge zu verzeichnen. Infolge der steuerlichen Ueberlastung in den letzten zehn Jahren und der großen wirtschaftlichen Nöte werde sich Baden als selbständiges Land nicht erhalten lassen. Mit dem Zusammenschluß von Württemberg und Baden allein sei es nicht getan; der Südwesten brauche stärkere wirtschaftliche Beziehungen zum Norden. Die Erhaltung eines politischen Gebildes, das keine Vorteile der Bevölkerung mehr bieten könne, habe keinen Sinn; diese Erkenntnis müsse zu einer stärkeren Vereinheitlichung des Reiches führen. Um das Ueberwuchern des Eklektizismus von Berlin zu verhindern, müssen starke wirtschaftliche Verwaltungsgebiete geschaffen werden. Ohne die Finanzpolitik der letzten zehn Jahre und ohne die Wirtschaftspolitik hätten wir heute keine Wirtschaftspartei. Die geistigen Grundlagen des deutschen Volkes dürfen nicht verkümmert werden; das sei eine Hauptforderung des Liberalismus, der sich nicht überlebt habe, wie manche gerne wünschten, sondern für ewige Zeiten in die Geschichte gehöre. Der Liberalismus habe das Ziel, der Persönlichkeit des Menschen gerecht zu werden; dieses Ziel könne er aber nur errichten, wenn er vollkommen selbstständig vorgehe ohne jede Bindung nach rechts oder nach links; der Liberalismus sei kein Programm, sondern eine Lebenseinstellung. Die Rede wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit Beifall aufgenommen. (Dr. Schofer rief nach Schluß der Sitzung: „Herr Dr. Mattes! Ich gratuliere zum Finanzminister!“) Weiterberatung am Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Mandatswechsel.

Staatspräsident und Minister des Innern Dr. h. c. A. Kemele und Staatsrat Dr. h. c. Marum, die beide auch Reichstagsabgeordnete sind, haben ihr Mandat zum Badischen Landtag niedergelegt. Dr. Kemele ist im ehemaligen 6. Landtags-Wahlkreis (Mannheim) und Dr. Marum im 5. (Karlsruhe) gewählt worden.

Mord oder Selbstmord?

Säckingen, 10. Juli. Der 27 Jahre alte J. Ruffe, der bei den Langwerten in Mannheim beschäftigt war und bei seinen Verwandten in Oberäckingen und Wehr auf Urlaub weilte, war seit etwa acht Tagen vermißt worden. Er wollte eine Wanderung nach der hohen Wehr unternehmen und dann nach Mannheim zur Arbeit zurückkehren, wo er aber nicht eintraf. Die Nachforschungen nach ihm blieben erfolglos. Ruffe wurde im Walde bei Egg seine Leiche gefunden am Wege im Didiel von zwei Säckingern, die durch den Leichengeruch aufmerksam geworden waren. Ursprünglich nahm man Selbstmord an. Die Mordkommission kam jedoch nach eingehender Untersuchung zu der Ansicht, daß ebenjogut auch Mord vorliegen könne. Dafür spricht unter anderem die Tatsache, daß die neben der Leiche gefundene Schußwaffe gefälscht war.

er. Mannsweiler, 9. Juli. (Hohes Alter.) In dieser Woche kann unser Dorfvorsteher, der frühere Bäckermeister Karl Nierlin, bei guter Gesundheit sein 85. Lebensjahr vollenden. Der Greis, der auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken kann, erfreut sich allgemeiner Sympathie. Auch im kommunalen Leben hatte sein Name allzeit einen guten Klang.

Dorfweier (Amt Lahr), 9. Juli. (Goldene Hochzeit.) Die Eheleute Donatus Schaub feierten die goldene Hochzeit feierlich. Der Gesangsverein brachte den Jubilaren ein wohlgeklungenes Ständchen.

Wahlberg (Amt Lahr), 9. Juli. (30 Jahre Seelsorger.) Stadtpfarrer Hummel feiert mit einer großen Anzahl seiner Mitglieder die 30. Wiederkehr des Tages, an dem er in St. Peter die hl. Priesterweihe empfing.

Neuenburg, 9. Juli. (Großes Fischsterben.) Da sich in letzter Zeit wieder ein starkes Fischsterben im Altrhein bemerkbar gemacht hatte, nahm eine besondere Untersuchungskommission eine Besichtigung des Geländes im Altrhein vor, um die Ursachen dieses Fischsterbens festzustellen. In Scharen schwammen die toten Fische auf der Oberfläche des Wasserpegels; sie wurden die Beute von nach dem Altrhein zugezogenen Enten. Die Kommission hat nun festgestellt, daß, wenn der Zufluß aus dem Klemmbach unterbleiben würde, das Fischsterben sich einstellen würde.

Wera, 9. Juli. (Einweihung der Jugendherberge.) Die Jugendherberge der Stadt Wera, die 24 Betten umfaßt, wurde am Sonntag in Anwesenheit zahlreicher Organisationen des Deutschen Jugendherbergsvereins feierlich eingeweiht.

Müllendorf, 10. Juli. Einen schauerlichen Fund machten heute die Bauarbeiter bei den Grabarbeiten eines Neubaus. In einer Tiefe von 50–60 cm wurde die Leiche eines Mannes gefunden. Die Leiche mag 18–30 Jahre in der Erde gelegen haben. Außer dem Skelett wurde nicht der geringste Anhaltspunkt gefunden. Es wird nach den bisherigen Feststellungen Raubmord vermutet.

Beiratsitzung des Weinbauinstituts.

Unter dem Vorsitz von Direktor Dr. Müller wurde im Weinbauinstitut Freiburg die 6. Beiratsitzung abgehalten. Nach der Erhaltung des Jahresberichts nahmen verschiedene Beiratsmitglieder Gelegenheit, dankbar den günstigen Einfluß des Instituts zumal auf die Freiburg näher gelegenen Weinbaugebiete anzuerkennen und den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, es möchten die weiter entfernt liegenden Gebiete in der gleichen Weise im modernen Weinbau und in der modernen Kellereiwirtschaft unterrichtet werden, was allerdings ohne Personalmehrung nicht möglich sei. Einen weiteren Punkt der Besprechung bildete die Stellung des Weinbauinstituts im Rahmen der staatlichen Weinbauförderung, wobei auf die Ungleichheiten in der Behandlung der Beamten des Weinbauinstituts gegenüber jenen anderer Staatsbetriebe aufmerksam gemacht wurde. Besprochen wurde u. a. weiter die Beteiligung des Weinbauinstituts am Weinbaukongress 1929 in Offenburg.

st. Freiburg, 8. Juli. (Schwarzwaldfahrt der Schwerekriegsbeschädigten.) Zum drittenmal — erstmals 1926 — wurde heute vom Freiburger Automobilklub für die hier anfallenden Schwerekriegsbeschädigten eine gemeinsame Sommerfahrt auf den Schwarzwald veranstaltet. In 95 Kraftwagen, die der Automobilklub unentgeltlich zur Verfügung stellte, von den Besitzern gesteuert, ging die Fahrt über das Hölental, Titisee nach St. Blasien, wo den Teilnehmern ein vorzügliches Mittagessen dargeboten wurde. Ueber das Hofthal von Bernau, Präg, Mienfeld und Wiedener Eck und Mühlertal langte man am Spätnachmittag in Staufen an. Hier wurde den Kriegsbeschädigten nochmals ein Imbiß mit einem Ehrentrunk kredenz. In allen Ortschaften, die man während der Rundfahrt berührte, wurden die Teilnehmer von der spalterbenden Einwohnerschaft in überaus herzlicher Art begrüßt mit Blumen beschenkt, häufig empfangen auch die einheimischen Musikanten die Schlinge der Kraftwagen mit klingenden Weisen. In St. Blasien entbot Bürgermeister Dr. Schuwerk in gebührender Rede einen Willkommgruß. In Staufen dankte Bürgermeister Lederle vom erhöhten Stadtwort des Rathauses den Kriegsteilnehmern für ihre dem Vaterland geleisteten Dienste. Für die freigegebene Verpflegung und Bewirtung hatte die Stadtverwaltung Freiburg, die Freiburger Metzger- und Bäckereiwirtschaft und die Staatsbrauerei Rothaus Sorge getragen, Zigarren und Zigaretten waren von verschiedenen Firmen in Freiburg und Herbolzheim gespendet worden.

Ar. Weiterdingen bei Engen, 9. Juli. (Petri Fest.) Am letzten Samstag nachmittag wurde von einem Fischer, auf dem zu unserer Gemarkung gehörenden „Weilersee“ ein Hecht gefangen, der die respektable Länge von 77 Zentimeter und ein Gewicht von 29 Pfd. hatte. Solche Exemplare wurden besonders in den Jahren 1880–1900 im „Weilersee“ viele gefangen.

